



**IBO-Interessengemeinschaft der
Bürger/Bahnanlieger in Oldenburg**

Arp-Schnitker-Str. 12
26121 Oldenburg
Tel.: 0441-85423
Fax: 0441-36186655
Mail: oldenburg-ibo@ewetel.net
www.ibo-oldenburg.de
1. Vors. Christian Röhlig
2. Vors. Friedrich-Wilhelm Wehmeyer



Lärmschutz im Verkehr

Würzburger Straße 31
26121 Oldenburg
Tel. 0441-3802266
Mail: Laermschutz.im.Verkehr@gmx.de
www.laermschutzimverkehr.de
1. Vors. Prof. Dr. Gernot Strey
2. Vors. Dr. Armin Frühauf

Oldenburg, den 18. 02. 2012

Pressemitteilung/Echo

Die Koalitionsvereinbarung der neuen ROT-GRUENEN Landesregierung öffnet den Weg für eine Umgehungsstrasse - Handeln der Stadt Oldenburg ist jetzt angesagt

Der Koalitionsvertrag zwischen SPD und Grünen unterstützt an verschiedenen Stellen die Oldenburger Forderung nach einer Umgehungsstrasse. Auf S. 64 wird das Oldenburger Problem konkret angesprochen und eine Lösung angeboten. Es heißt dort:

„Sie (Anm: die Regierung) wird nach den oben genannten Kriterien zusammen mit Bund und Deutscher Bahn Lösungen suchen. Voraussetzung dafür ist eine zügige, gütliche Verständigung über die notwendigen Schritte mit der Stadt Oldenburg.“

Wenn man sich dann die in Bezug genommenen Kriterien anschaut so heißt es im unmittelbaren Text davor wörtlich:

"Die rot-grüne Koalition wird bei allen Verkehrsmaßnahmen die Belange der betroffenen Bürgerinnen und Bürger angemessen berücksichtigen und sie so frühzeitig wie möglich einbeziehen. Es geht um transparente und faire Planungsverfahren von Beginn an. Information, Transparenz und eine permanente Beteiligung betroffener Menschen sind unverzichtbar. Nur ein öffentlicher Diskurs mit umfassend informierten Bürgerinnen und Bürgern kann Grundlage einer gut abgewogenen und akzeptierten Entscheidung sein. Eine solche Beteiligung muss frühzeitig erfolgen und Alternativen einschließlich der Null-Variante zur Diskussion stellen.

- durch neutrale Moderation, fachkundige Beratung und Begutachtung, die durch die Betroffenen initiiert wird, beispielhaft Bürgerbeteiligung gewährleisten. Moderne Medien können in der Planungs- und Realisierungsphase von Vorhaben die notwendige Transparenz und Diskussion sichern und fördern. Dieser Planung und Realisierung begleitende Diskurs darf nicht von finanziellen Möglichkeiten der unmittelbar Betroffenen abhängig sein."

Mit dieser Vereinbarung sind nun gute Voraussetzungen gegeben, zu einer für Oldenburg und seine Zukunft sinnvollen Lösung der Bahnproblematik zu kommen. Zwar liegt das letzte Wort beim Bund. Dieser wird sich aber dem Wunsch des Landes Niedersachsen sicherlich nicht verschließen können, zumal ja genügend Mittel vorhanden sind, wenn die A 20 nicht gebaut wird.

Nun muss die Stadt Oldenburg, dieses Angebot auch mit Nachdruck nutzen und den Ratsbeschluss vom 26. 11. 2012 durchsetzen. Er muss endlich der DB, dem Bund und Land zur Kenntnis gebracht werden und dort aktiv vertreten werden. Die Forderung nach einer Umgehungsstrasse ist in dem Beschluss umfassend und überzeugend begründet (siehe Dokumentation von LiVe). Damit muss es bei etwas gutem Willen gelingen, "eine zügige gütliche Verständigung über die notwendigen Schritte mit der Stadt Oldenburg" zu erreichen.

Immerhin hat der neue Wirtschaftsminister LIES für seine Heimatgemeinde genau das durchgesetzt, was Oldenburg nun einfordert.

Nimmt man die finanzielle Zusage: "Deshalb wird ein Budget für eine unabhängige fachliche Begleitung zur Verfügung gestellt." dazu, dann gibt es für Oldenburg keine hindernden Gründe mehr, die Umgehungsstrasse zum Gewinn aller Betroffenen in die Tat umzusetzen.

gez.
Christian Röhlig
1. Vorsitzender der IBO

gez.
Prof. Dr. Gernot Strey
1. Vorsitzende von LiVe